

Hessische Blätter für Volksbildung 3/2019

Thema | Demokratiebildung II

	Editorial	
<i>Martin Dust, Sabine Schmidt-Lauff</i>	Demokratiebildung II – zur Einführung in den Themenschwerpunkt	203
	Grundsatzbeitrag	
<i>Klaus-Peter Hufer</i>	Unzertrennbar: Politische Erwachsenenbildung und die Demokratie	209
	Schwerpunktbeiträge – Praxis der Erwachsenenbildung	
<i>Bani Bora</i>	Adult Education and Democracy in India	218
<i>Ansgar Klein</i>	Zivilgesellschaftliches Engagement als Lernort der Demokratie	226
<i>Thomas Krüger</i>	Neue Formen und Formate der politischen Erwachsenenbildung	234
<i>Ulrika Engler</i>	Politische Bildung in einer digitalen Welt – aus der Perspektive der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen	242
<i>Erik Weckel</i>	Demokratie und Menschenrechtsbildung. Querschnittsthema und Arbeitsprinzip in der Erwachsenenbildung	250
<i>Juliette Wedl</i>	Identitätenlotto. Ein kommunikatives Spiel mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten in der Erwachsenenbildung	257
<i>René Barrios, Udo Engbring-Romang, Angela Springer, Alexander Wicker</i>	Demokratiewerkstätten in der Erwachsenenbildung – Diskursive, partizipative und selbstbestimmte politische Bildung	265
	Zwischenruf	
<i>Steffen Wachter</i>	Volkshochschule als Ort der Demokratie. Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?	276

Service

Berichte	285
Dokumentationen	290
Rezensionen	294
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe	300

Hessische Blätter für Volksbildung – 69. Jg. 2019 – Nr. 3

Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland

(Die Jahrgänge 1–7 erschienen unter dem Titel „Volksbildung in Hessen“)

Herausgeber: Hessischer Volkshochschulverband e. V., Winterbachstraße 38, 60320 Frankfurt am Main (Verbandsvorsitzende: Heike Habermann, Offenbach/Main; Verbandsdirektor: Dr. Christoph Köck, Frankfurt am Main). Die Herausgabe der hbv wird durch den Hessischen Volkshochschulverband e. V., den Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. und den Sächsischen Volkshochschulverband e. V. finanziell unterstützt.

Geschäftsführender Redakteur und Vorsitzender der Redaktionskonferenz:

Prof. Dr. Wolfgang Seitter, Marburg

Mitglieder der Redaktionskonferenz: Dr. Martin Dust, Hannover; Dr. Marianne Ebsen-Lenz, Lich; Dr. Ralph Egler, Borna; Dr. Birte Egloff, Frankfurt/M.; Dr. Christiane Ehse, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Julia Franz, Bamberg; Prof. Dr. Bernd Käßlinger, Gießen; Jürgen Kufner, Dresden; Prof. Dr. Steffi Robak, Hannover; Prof. Dr. Sabine Schmidt-Lauff, Hamburg

Redaktion des Schwerpunktthemas: Dr. Martin Dust, Prof. Dr. Sabine Schmidt-Lauff

Anschrift: Hessischer Volkshochschulverband e. V., Redaktion HBV, Winterbachstr. 38, 60320 Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 56 00 08-27

Die Hessischen Blätter handhaben ein Peer Review. Alle theoretisch-konzeptionellen und empirischen Beiträge, die für den Thementeil eingereicht werden, durchlaufen ein anonymisiertes Begutachtungsverfahren. Die Redaktion behält sich die endgültige Entscheidung vor. Die mit Namen oder Signum gezeichneten Beiträge geben die Meinung der Verfasser/innen und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Satz und Layout: Andrea Vath

Erscheinungsweise: jährlich vier Hefte (März, Juni, September, Dezember)

Herstellung, Verlag, Vertrieb und Anzeigen: wbv Media GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel.: (05 21) 9 11 01-0, Fax: (05 21) 9 11 01-79; service@wbv.de, wbv.de

Anzeigen: sales friendly Verlagsdienstleistungen, Bettina Roos, Pfaffenweg 15, 53227 Bonn, Tel. (02 28) 9 78 98-0, E-Mail: info@sales-friendly.de

Aboservice, Bestellungen: Telefon: (05 21) 9 11 01-12, Telefax: (05 21) 9 11 01-19
E-Mail: service@wbv.de, Internet: wbv.de

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement „Hessische Blätter für Volksbildung“: 46,- €, ermäßigtes Abonnement für Studierende mit Nachweis: 40,- € (jeweils zzgl. Versandkosten), Best.-Nr. hbv. Das Abonnement verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen zum Jahresende gekündigt wird.

Themenhefte im Einzelbezug: Einzelheftpreis: 16,90 € (zzgl. Versandkosten)

hbv 4/2019 Ressourcen der Erwachsenenbildung

hbv 1/2020 Professionalität – Studiengänge der Erwachsenenbildung

hbv 2/2020 Erwachsenenbildung in internationaler Perspektive

hbv 3/2020 Digitalisierung

Information über die Themen, Bezugsmöglichkeiten und Preise von Einzelheften der Jahrgänge 1958 bis 2001: Hessischer Volkshochschulverband e. V., Winterbachstraße 38, 60320 Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 56 00 08-13

Printed in Germany

© 2019 Hessischer Volkshochschulverband e. V. (Anschrift s. o.)

International Standard Serial Numbers: GW ISSN 0018-103 X

Best.-Nr. dieser Ausgabe: HBV1903

DOI digitale Ausgabe: 10.3278/HBV1903W

Editorial

Demokratiebildung II – zur Einführung in den Themenschwerpunkt

Martin Dust, Sabine Schmidt-Lauff

Demokratiebildung als Herausforderung für die Erwachsenenbildung bestimmte als thematischer Schwerpunkt bereits die Ausgabe 3/2018 der Hessischen Blätter für Volksbildung. Im Mittelpunkt stand dabei die Perspektivöffnung zu einer grundlegenden Verhältnisbestimmung von Demokratie und Erwachsenenbildung. Grundsätzliche Beiträge zu Demokratie und Bildung sowie nationale und internationale historische Einordnungen wollten sowohl zu einem Nachdenken über das Phänomen der Demokratiebildung als auch zu einer kritischen wie relationalen Auseinandersetzung um die Vielschichtigkeit und Andersartigkeit von Demokratie**bildung** in der Erwachsenenbildung anregen. Aufgrund dieser inhaltlichen Schwerpunktsetzung konnte allerdings die konkrete Praxis der Erwachsenenbildung dabei zunächst noch nicht in den Blick genommen werden. Dieses Desiderat versucht die aktuelle Ausgabe nun zu füllen. Unter dem Titel Demokratiebildung II wenden sich die Beiträge explizit der Perspektive der Praxis zu; vor allem konkrete Schlussfolgerungen und Konsequenzen für die Praxis der Erwachsenenbildung sollen im Fokus dieser Ausgabe stehen.

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Themenfeldern der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sowie in deren Folge mit Politischer Bildung und Demokratiebildung ist in den vergangenen zwölf Monaten seit der Vorlage der ersten Ausgabe eher gewachsen und größer geworden. Nimmt man zum Beispiel den aktuellen, ersten niedersächsischen Demokratie-Monitor (Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019), eine Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, die im Mai diesen Jahres vorgestellt wurde, so zeigt sich, dass es einen stark verbreiteten Wunsch nach autoritärer Führung gibt. Danach stimmten drei von fünf Personen in Niedersachsen der Aussage voll und ganz (30 Prozent) beziehungsweise eher zu (31 Prozent), dass Deutschland eine starke Führung benötige, nach deren Vorgaben sich alle richten müssten (a. a. O., S. 30). Während die Studie darüber hinaus ein großes Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Organisationen wie beispielsweise die Polizei, das Bundesverfassungsgericht oder die Landesregierung kon-

statiert (a. a. O., S. 38), wird gleichzeitig die Kompetenz der Politik, Probleme lösen zu können, bemängelt. So meint fast die Hälfte aller Befragten, dass die Politik drängende Probleme nicht wahrnehme oder ignoriere (a. a. O., S. 23), fast ein Viertel sprach der Politik jegliche Lösungskompetenz ab (a. a. O., S. 25). Dabei korreliert die Zufriedenheit mit der Demokratie signifikant mit dem Bildungsabschluss. Während 55 Prozent der Bevölkerung mit Hochschulreife mit der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform eher und sehr zufrieden sind, stimmen dem nur 38 Prozent der Bevölkerung mit Hauptschulabschluss zu (a. a. O., S. 46).

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass dem Themenfeld der Politischen Bildung und Demokratiebildung auch in der Erwachsenenbildung selbst eine hohe Aufmerksamkeit zukommt. Bei den aktuellen Jubiläen wie 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 100 Jahre Weiterbildung als öffentliche Aufgabe, 100 Jahre Volkshochschulen oder 70 Jahre Grundgesetz stellen die Akteure in Wort und Schrift die Volkshochschulen als Protagonisten der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung in diese demokratischen Traditionslinien und schreiben denselben die Aufgabe der Politischen Bildung und Demokratiebildung in das tägliche Pflichtenheft. So zog der Präsident des Bundesverfassungsgerichts im Festakt 100 Jahre Volkshochschule im Februar des Jahres den Spannungsbogen: „Im 70. Jahr unter dem Grundgesetz erscheint es heute so wichtig wie nie, die Bedeutung der politischen Bildung zu betonen. ... Es muss daher jederzeit deutlich gemacht werden, dass es in der politischen Bildung nicht um die Pflege von Gesinnungen, sondern um die Entwicklung von politischer Urteilskraft geht: Entscheidend ist das Einüben der Unterscheidungen von Fakten und Wertungen. ... Eine komplexer werdende Welt braucht aufgeklärte Bürger. ... Wenn wir dieses Jahr 100 Jahre Volkshochschule feiern, ehren wir genau diesen Geist.“ (Deutscher Volkshochschul-Verband 2019, S. 28). Die Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes übertrug dies auch auf die Institution Volkshochschule selbst: „Schließlich gehört zur Tradition der Volkshochschulen, dass sie selbst demokratisch legitimiert und verfasst sind.“ (a. a. O., S. 15) – wobei genau hier die erste HBV-Ausgabe 3/2018 zu Demokratiebildung gezeigt hat, dass es immer wieder notwendig ist darauf hinzuweisen, dass nicht ausgeblendet oder romantisiert werden darf, wo und wann Erwachsenenbildung und ihre Institutionen wie die Volkshochschulen auch ganz anderen, demokratiefernen Zwecken und Begründungen und Realisationen folgten und folgen (vgl. hierzu grundlegend Keim 1995, S. 134 ff. sowie a. a. O. 1997, S. 75 ff. und aktuell Meilhammer 2018, S. 209). Dem schließt sich auch der Duktus des Sonderbandes anlässlich des Jubiläums an: „In den Geschichten erscheint sie (die VHS, Anm. d. V.) mal als ein legitimes Kind der Demokratie, orientiert an den Grundwerten von Freiheit, Gleichheit, Recht und Solidarität ..., mal als ihre fürsorgende Mutter, mal als ihre verlässliche Schwester.“ (Schrader/Rossmann 2019, S. 19), und dies zwar alternativlos aber immer auch als riskantes Unterfangen (vgl. Schmidt-Lauff/Dust, 2018, S. 206).

Erwarten könnte man von daher, dass sich die Bedeutung und Wertschätzung dieses Themenfeldes auch in einer entsprechenden Nachfrage niederschlägt. Der Blick in die aktuelle Volkshochschul-Statistik¹ dagegen fällt ambivalent aus: Der Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ ist sowohl in der Bundes- wie in

den Landesstatistiken seit Jahren der insgesamt kleinste Bereich im Programmprofil der Volkshochschulen. Bundesweit fanden sich hier für das letzte Erhebungsjahr 2017 rund sechs Prozent der Kurse, drei Prozent der Unterrichtsstunden und acht Prozent der Belegungen². Macht man sich die Mühe eines kleinen Zeitreihenvergleichs, so zeigt sich darüber hinaus eine leicht negative Entwicklung. Während der Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ in den Arbeitsjahren 2005³ und 2010⁴ noch jeweils rund acht Prozent der Kurse, mehr als vier Prozent der Unterrichtseinheiten und über zehn Prozent der Belegungen ausmachte, stagniert er in den Jahren 2015 bis 2017⁵ auf dem oben genannten niedrigen Niveau.⁶ Es bleibt es eine herausfordernde Feststellung, dies immer wieder zu thematisieren und nicht mit dem Hinweis auf die thematische Entgrenzung der Politischen Bildung als Querschnittsthema unserer Zeit in (nahezu alle) andere Themenfelder hinein abzuschwächen.

Gründe für diese Entwicklungen könnten darin liegen, dass die Volkshochschule als Lernort der Demokratie mit der Transformation Deutschlands zur Wettbewerbsgesellschaft unter ein betriebswirtschaftliches Diktat mit ökonomischen Legitimationszwängen geraten ist. Die Abnahme der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung korrespondiert dabei mit einer Dominanz der beruflichen Qualifizierung und einer Fokussierung auf Beschäftigungsfähigkeit. Dies beweist auch wieder die eben druckfrisch erschienene erste „Nationale Weiterbildungsstrategie“ (BMAS/BMBF 2019) zwischen Bund, Ländern, Wirtschaft, Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit erschreckend und überdeutlich. Die geforderte „neue Weiterbildungskultur“, die Deutschland braucht, bezieht sich auf berufliche und betriebliche Weiterbildung und daran angrenzende Schlüssel- und Innovationsbereiche (Fachkräftesicherung, Beschäftigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit des Landes sowie Teilhabe und Chancengerechtigkeit erfolgreicher Berufsbiographien). Die Funktionalisierung der Erwachsenenbildung für den Strukturwandel und als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb mit ständig wechselnden Schwerpunkten und Projektförderungen verstärkt derartige Tendenzen (vgl. dazu ausführlicher Dust 2011).

Schaut man auf das Themenfeld der Politischen Bildung insgesamt darf der Blick aber auch nicht dazu verleiten, allein auf das Feld der Volkshochschulen bzw. der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung zu schauen. So können am Beispiel des Landes Niedersachsen bei einem Blitzlicht auf eine Landesverwaltung ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit schnell fünf Ressorts genannt werden, die sich in ihrem Bereich in irgendeiner Weise der Politischen Bildung widmen: Im Ministerium für Wissenschaft und Kultur liegt die Verantwortung für die Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung und die Landeszentrale für Politische Bildung, das Kultusministerium widmet sich der schulischen Politischen Bildung, den Gedenkstätten des Landes sowie der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, das Sozialministerium fördert das Ehrenamt und eine Freiwilligenakademie, das Innenministerium betreibt Präventionsarbeit und in den Verantwortungsbereich des Justizministeriums fallen das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, der Landespräventionsrat sowie das Landesdemokratiezentrum. Das Feld ist also weit und es würde sich sicher lohnen die Aktivitäten – nicht nur in diesem Bundesland – stärker zu bündeln oder als ersten Schritt eine Koordination auf den Weg zu bringen.

Aber was heißt dies nun mit Blick auf die Praxis der Erwachsenenbildung? Eine Folie für den Hintergrund bietet der Beitrag von *Klaus-Peter Hufer*, der Politische Bildung als Aufgabe der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung und Antwort auf die Erosionsprozesse der Demokratie skizziert, die vor allem durch die Prozesse der Individualisierung und Globalisierung gefährdet wird. Der Politischen Bildung als Ort der Aufklärung durch die Vernunft gegen das „Postfaktische“ kommt dabei auch die Funktion eines Gegenpools zur alles bestimmenden Ideologie der betriebswirtschaftlichen Rationalität zu. Eine institutionelle Perspektive nimmt der Beitrag von *Ansgar Klein* ein, der ein Konzept der Zivilgesellschaft mit einer Handlungslogik der Solidarität jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre entwirft und die dafür erforderlichen Kompetenzen in den lokalen Bildungslandschaften sowie in den zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen verankern möchte. Der englisch-sprachige, internationale Beitrag von *Bani Bora* betont die Bedeutung der Grundbildung und hier insbesondere der Literalität für die gesellschaftliche Partizipation und die Demokratiebildung am Beispiel Indiens. Die Stärkung der Literalität stärkt die Möglichkeit der gesellschaftlichen Partizipation und damit auch die Demokratie. Als Plädoyer nimmt der Beitrag von *Thomas Krüger* anhand vier zentraler Aspekte neue Trends und Herausforderungen der Politischen Bildung in den Blick. Neben einer Berücksichtigung der Emotion wird dabei vor allem auf die Perspektive der Adressatinnen und Adressaten sowie auf ungewöhnliche Räume und Formate verwiesen. Der Veränderung der Politischen Kommunikation durch die Digitalisierung widmet sich der Beitrag *Ulrika Engler*. Die wieder gegründete Landeszentrale für Politische Bildung in Niedersachsen legt vor diesem Hintergrund den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Entwicklung digitaler Tools, die Stärkung und Reflexion digitaler Partizipation sowie den fachlichen Diskurs über Politische Medienbildung in der digitalen Welt. Den Zusammenhang von Demokratie und Menschenrechten als Querschnittsthema der Erwachsenenbildung thematisiert der Beitrag von *Erik Weckel* anhand einer Fortbildungsreihe. Dabei sollen die Teilnehmenden befähigt werden durch die Reflexion ihrer eigenen Haltung im institutionellen Kontext die Bedeutung von Menschenrechten im Alltagsbezug als Kernelemente der Demokratie zu erkennen und das eigene Arbeitsumfeld und Angebot anhand dieser Maximen weiter zu entwickeln. Ein Modell der Demokratiewerkstätten in der Erwachsenenbildung entwickelt der Beitrag *Rene Barrios u. a.* Hier stehen vor allem die Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Teilnehmenden im Mittelpunkt, die im Rahmen einer Bildungspartnerschaft in Diskussion, im Lernen und im Gestalten eigene Themen setzen und entwickeln. Der Beitrag von *Juliette Wedl* stellt ein kommunikatives Spiel als innovative Methode mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten in der Erwachsenenbildung vor. Gender- und Diversitywissen können in diesem Spiel erworben und vertieft werden. Anhand der Verknüpfung von Identität und Gesellschaft lädt das Spiel dazu ein, das Leben aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Der als Zwischenruf nicht in der Linie dieser Themenreihe stehende Beitrag von *Steffen Wachter* kommentiert die Beiträge der Bundestagsfraktionen zum Jubiläum 100 Jahre Volkshochschule aus der Ausgabe 4/2018. Die Antworten der Fraktionen werden durch Kontrastierung mit den jeweiligen Wahlprogrammen kontextualisiert und kritisch reflektiert. Darüber hinaus wird

dem Gedanken der Entgrenzung der Politischen Bildung in der Breite des Bildungsangebots der Volkshochschulen anhand der Querschnittsthemen Digitalisierung und Integration nachgegangen. Die Volkshochschule als Ort der Demokratie bleibt auf die Förderung der Politischen Bildung als Kernaufgabe angewiesen.

Offen bleibt allerdings die Frage der demokratischen Verfassung der Institution Volkshochschule beziehungsweise der Einrichtungen der Erwachsenenbildung als solcher. An welcher Volkshochschule oder Erwachsenenbildungseinrichtung gibt es beispielsweise noch Hörerräte und welche Aufgabe kommt ihnen zu? Lohnt sich dazu eine Ausgabe Demokratiebildung III?

Allen Lesenden sei eine anregende Lektüre gewünscht!

Anmerkungen

- 1 Vgl. alle VHS-Statistiken im Überblick: www.die-bonn.de/weiterbildung/suchen.aspx?Suche=folge+arbeitsjahr&Publikationen=checked.
- 2 Im Arbeitsjahr 2017: 6,2 % der Kurse, 3,3 % der Unterrichtseinheiten und 8,0 % der Belegungen (Reichart/Fox/Huntemann 2018, S. 42)
- 3 Im Arbeitsjahr 2005: 7,9 % der Kurse, 4,2 % der Unterrichtseinheiten und 10,3 % der Belegungen (Pehl/Reichart/Zabal 2006, S. 27)
- 4 Im Arbeitsjahr 2010: 7,6 % der Kurse, 4,5 % der Unterrichtseinheiten und 10,5 % der Belegungen (Huntemann/Reichart 2011, S. 29)
- 5 Vgl. für 2015 und 2016 Huntemann/Reichart 2016, S. 28 sowie Huntemann/Reichart 2017, S. 41
- 6 Wenig thematisiert wird ferner, dass im Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ sechzehn Themenfelder (u. a. Geographie, Physik, Chemie und Biologie sowie fachgebietsübergreifende Kurse) summiert werden, als größte Erziehungsfragen/Pädagogik sowie Psychologie. Fokussiert man den Blick bei einer Betrachtung des Arbeitsjahres 2017 nun auf die Themenfelder Geschichte/Zeitgeschichte sowie Politik und nimmt großzügig die fachgebietsübergreifenden Kurse noch mit hinzu, dann müssen die oben genannten Zahlen um rund 70 Prozent reduziert werden. Es verbleiben damit in einer Gesamtbeurteilung des Programmprofils im Kernfeld der Politischen Bildung der Volkshochschulen 1,8 Prozent der Kurse, 1,1 Prozent der Unterrichtseinheiten und 2,8 Prozent der Belegungen (Eigene Berechnung der Verfasser nach Reichart/Fox/Huntemann 2018, S. 45).

Literatur

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)/Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2019): Wissen teilen. Zukunft gestalten. Zusammen wachsen. Nationale Weiterbildungsstrategie. Berlin
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (Hrsg.) (2019): 100 Jahre Volkshochschule. Festakt am 13. Februar 2019 in der Frankfurter Paulskirche. Bonn.
- Dust, Martin (2011): Vom Wert historischer Reflexionen scheinbar unzweifelhafter aktueller Tendenzen und Funktionen der Weiterbildung. In: Weiß, Edgar (Hrsg.): Pädagogische Perspektiven in kritischer Tradition. Frankfurt am Main/u. a., S. 13-21
- Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen am Institut für Demokratieforschung Georg-August-Universität Göttingen (Hrsg.) (2019): Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2019. Göttingen.

- Huntemann, Hella/Reichart, Elisabeth (2011): Volkshochschul-Statistik. 49. Folge, Arbeitsjahr 2010. Bielefeld.
- Huntemann, Hella/Reichart, Elisabeth (2016): Volkshochschul-Statistik. 54. Folge, Arbeitsjahr 2015. Bielefeld.
- Huntemann, Hella/Reichart, Elisabeth (2017): Volkshochschul-Statistik. 55. Folge, Arbeitsjahr 2016. Bielefeld.
- Keim, Wolfgang (1995): Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 1. Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung. Darmstadt.
- Keim, Wolfgang (1997): Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 2. Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust. Darmstadt.
- Meilhammer, Elisabeth (2018). Erwachsenenbildung für die Demokratie – Erwachsenenbildung in der Demokratie: Verortungen und Problemlagen. In: Hessische Blätter HBV, 03/2018, (68) 2018, S. 208-216.
- Pehl, Klaus/Reichart, Elisabeth/Zabal, Anouk (2006): Volkshochschul-Statistik 44. Folge, Arbeitsjahr 2005. Bielefeld.
- Reichart, Elisabeth/Lux, Thomas/Huntemann, Hella (2018): Volkshochschul-Statistik. 56. Folge, Arbeitsjahr 2017. Bielefeld.
- Schmidt-Lauff, Sabine/Dust, Martin (2018): Demokratiebildung – Zur Einführung in den Themenschwerpunkt. In: Hessische Blätter HBV, 03/2018, (68) 2018, S. 203-207.
- Schrader, Josef/Rossmann, Ernst (Hrsg.) (2019): Erzählungen zur Geschichte der Volkshochschule. 100 Jahre Volkshochschulen. Geschichten ihres Alltags. Bad Heilbrunn.